

SCHWEIZ

RS-BEGINN

Es hat genügend Platz für alle Rekruten



Für 9000 junge Leute hat gestern der Ernst des militärischen Lebens begonnen.

BILD KEYSTONE

Rund 9000 Rekruten sind gestern in die neu konzipierten Rekrutenschulen der Armee XXI eingerückt – 1000 Leute über dem Planungssoll. Nach Hause geschickt wird deswegen aber niemand.

«Das Einrücken verlief problemlos», sagte Felix Endrich, stellvertretender Informationschef Verteidigung, gestern auf Anfrage, «unsere Massnahmen haben sich ausbezahlt, niemand musste nach Hause geschickt werden.» Wegen Überhängen aus der Armee 95 rückten gestern 9000 statt der geplanten 8000 Rekruten ein. Laut Endrich wurden zusätzliche Beherbergungsmöglichkeiten in militärischen Gebäuden geschaffen. Dabei wurde darauf geachtet, dass «niemand unter dem Boden», etwa in einer Zivilschutzanlage, schlafen muss. Zudem habe man Instruktionspersonal umdisponiert. Es handelt sich um Ausbildungs-Unteroffiziere, welche noch in der Armee 95 ausgebil-

det wurden und die die Profiabildner unterstützen.

Bei den Rekrutenschulen der Armee XXI ist alles anders als bisher: 7 Wochen Grundausbildung folgen neu 6 Wochen funktionspezifisches Training und anschliessend 5 bis 8 Wochen Verlegung für die Verbandsausbildung. Mit dem Auftakt der Armee XXI gibt es neu jährlich drei statt zwei Rekrutenschulen. Zwei Drittel der Rekruten absolvieren eine von 15 auf 21 Wochen verlängerte RS. Für ein Drittel dauert die Grundausbildung 18 Wochen und für Spezialisten 25 Wochen.

Vor einer Woche waren aus der Unteroffizierschule in Payerne acht Leute mit deren Einwilligung nach Hause geschickt worden, weil es Überhänge gibt wegen dem Übergang von der Armee 95 zur Armee XXI und deshalb zu viele Anwärter eingerückt waren. Von sich aus nach Hause gingen Anfang März 12 Leute aus der Anwärterchule in Bülach (ZH). Das seien schon ungewöhnlich viele, räumte Heeresprecher Daniel Reist gestern zu einem Bericht des «SonntagsBlicks» ein. sda/dsi

BUNDESANWALTSCHAFT

Parlament will Auskunft über angebliches Infoleck

Das Parlament will wissen, ob der Swiss-Verwaltungsrat über die Ausdehnung des Strafverfahrens auf André Dosé durch eine Indiskretion vorinformiert wurde. Die Bundesanwaltschaft dementiert.

◆ Gregor Poletti

«Ich werde sicher eine Aussprache verlangen», betont der christlichsoziale Nationalrat Hugo Fasel (FR). Der Präsident der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK) und Mitglied der zuständigen parlamentarischen Oberaufsicht über die Bundesanwaltschaft, der GP-Del, will den genauen Ablauf aus erster Hand erfahren. Denn seiner Ansicht nach ist es das erste Mal, dass sich die Bundesanwaltschaft (BA) in jüngster Zeit mit derart happigen Vorwürfen konfrontiert sieht. Fasel will dieses Anliegen im Rahmen der üblichen Überprüfung einbringen.

«Bewusste Diskreditierung»

Was ist geschehen? In Teilen der Sonntagspresse wurden Gerüchte kolportiert, wonach der Swiss-Verwaltungsrat von Bundesanwalt Valentin Roschacher Anfang letzter Woche zum

Voraus über die Ausdehnung des Strafverfahrens unter anderem auf den mittlerweile zurückgetretenen Swiss-Chef André Dosé informiert worden sei. Laut BA-Sprecher Hansjürg Mark Wiedmer laufen diese Gerüchte offensichtlich darauf hinaus, die Unabhängigkeit der Strafverfolgungsbehörde des Bundes bewusst zu diskreditieren: «Diese Spekulationen und Mutmassungen entbehren jeder Grundlage und sind falsch.» Es habe keinerlei Vorabinformationen gegeben.

Und ein Leck ist laut Wiedmer auch gar nicht möglich: «Der Entscheid, ob, wann und auf wen das von der Bundesanwaltschaft bis dahin gegen unbekannt geführte Verfahren auszuweiten sei, fiel am späten Donnerstagnachmittag vergangener Woche.» Damit sei dieser Entscheid einen Tag nach dem Rücktritt von Dosé und in völliger Unabhängigkeit von den Vorgängen im Swiss-Verwaltungsrat vonstatten gegangen.

Trotzdem bleibt theoretisch immer noch möglich, dass sei-

tens der Bundesanwaltschaft zumindest die Vorabinformation gestreut wurde, dass am Donnerstag die entscheidende Sitzung stattfinden werde. Und wer den Bericht des Büros für Flugunfalluntersuchungen zum Crossair-Absturz bei Bassersdorf genau durchliest, kann sich ausrechnen, dass die Wahrscheinlichkeit hoch war, dass es zur Ausdehnung des Strafverfahrens auf konkrete Personen wie Dosé kommen könnte. Doch laut BA gab es auch keine Hinweise an Beteiligte über den möglichen Zeitpunkt einer Verfahrensausweitung.

Auch noch Moritz Suter?

Noch ist keine Anklage erhoben und damit auch noch niemand schuldig gesprochen worden. Am letzten Donnerstag wurde lediglich das bisher gegen unbekannt gerichtete Strafverfahren auf Personen ausgedehnt. Und zwar neben Dosé auch auf André Auer, den Exchef des Bundesamtes für Zivilluftfahrt, sowie auf zwei weitere Ex-Crossair-Leute. Auf die Frage, ob Moritz Suter, Exchef der Crossair, damit aus dem Schneider sei, antwortet Bundesanwalt-Sprecher Hansjürg Mark Wiedmer: «Ganz und gar nicht. Der Kreis möglicher weiterer Beschuldigter ist offen.»

BUNDESRAT

Indiskretion aufdecken

Der Bundesrat will wissen, wie Medien an ein vertrauliches Dokument von Justizminister Christoph Blocher kamen, in dem dieser vorschlug, Schweiz Tourismus für 2005 bis 2009 nur noch mit einem Franken zu unterstützen. Er leitet eine Strafuntersuchung ein. Der Bundesrat bedauere die Indiskretion, sagte Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz gestern auf eine Frage von Nationalrat Oskar Freysinger (SVP, VS). Um solche Vorfälle in Zukunft zu vermeiden, wolle der Bundesrat den Kreis der Personen ein-

schränken, die Zugang zu bundesrätlichen Dokumenten haben. Der Bundesrat hatte eigentlich am 5. März über die Bundesbeiträge für Schweiz Tourismus beraten wollen. Weil Bundespräsident Joseph Deiss abwesend war, sei das Geschäft verschoben worden.

Das interne Dokument, in dem Justizminister Christoph Blocher eine rigorose Kürzung der Beiträge auf 1 Franken vorschlug, gelangte aber gleichentags an die FDP Unterwallis. Zudem erhielten es zahlreiche Medien. sda

POLITOLOGE ANDREAS LADNER

«Für die SVP liegt nicht mehr viel drin»

Die FDP kann kurzfristig kaum Gegensteuer geben, und die SVP hat ihr Potenzial ausgeschöpft. Diese Schlüsse zieht Politologe Andreas Ladner aus den Regierun- und Kantonsratswahlen in St. Gallen.

◆ Interview: Raphael Prinz

Herr Ladner, im Kanton St. Gallen legte die SVP bei den Wahlen vom vergangenen Wochenende nur noch leicht zu und hat ihr Ziel, stärkste Partei zu werden, klar verfehlt. Hat die SVP nun ihren Zenit erreicht?

Andreas Ladner: Das Wahlergebnis in St. Gallen ist für die SVP nicht schlecht. Die Partei ist auf Kurs. Trotzdem ist ein erster Sättigungsgrad erreicht, und zwar bei den Wechselwählern. Die Partei hat Wähler aus der Mitte und von rechts aussen, die sich keiner Partei nahe fühlen, abgeholt. Da liegt nicht mehr viel drin.

Wie sieht es bei den Neuwählern aus?

Um die ist der grosse Wettbewerb im Gange. Junge Leute, welche die Parteienlandschaft und die Grabenkämpfe der Vergangenheit nicht mehr erlebt haben und sich unvoreingenommen eine Meinung bilden, sind bei allen Parteien begehrt. Denn der Anteil der Stammwähler, welche ein Leben lang dieselbe Partei wählen, nimmt stetig ab.

Die SP und die Grünen gehörten in St. Gallen zu den



Andreas Ladner BILD BAUMANN

Gewinnern. Legt neu nun die Linke auf Kosten der Mitte zu?

Im Fall von St. Gallen hat die Linke nicht neue Höhen erreicht, sondern die Verluste der Wahl im Jahr 2000 kompensiert. Allgemein besteht für die Linke aber ein zusätzliches Potenzial, da die CVP und vor allem die FDP sich derzeit eher nach rechts orientieren.

Apropos FDP: Inwiefern haben die Querelen der Mutterpartei zum schlechten Abschneiden beigetragen?

Diese haben der Partei sicher nicht geholfen und waren unerfreulich für den Wahlkampf. Es ist aber schwierig, zu beziffern, wie stark die Krise auf nationaler Ebene konkret zum Verlust der Kantonsparlei beigetragen hat. Und umgekehrt führt die Niederlage in St. Gallen natürlich zu einem weiteren Dämpfer für die angeschlagene Mutterpartei.

Noch im März stehen weitere Wahlen an, etwa in den Kantonen Uri, Schwyz und

Thurgau. Wie können die FDP-Sektionen noch Gegensteuer geben?

So kurz vor den Wahlen ist es schwierig, noch etwas zu unternehmen. Allenfalls könnten originelle Kampagnen oder ein geschlossenes Auftreten ein bisschen etwas bewirken. Nicht vergessen darf man aber, dass der Zustand der nationalen Partei ja nur eine von mehreren Einflussgrößen für den Wahlerfolg ist.

Aber doch eine wichtige?

Das ist relativ. Auf Sympathisanten, die der Partei nahe stehen, haben nationale Querelen keinen negativen Einfluss. Diese analysieren die Situation zu meist differenziert und halten ihrer Partei die Stange. Eher beeinflussen von Negativschlagzeilen lassen sich Leute, die das politische Geschehen nur am Rande mitverfolgen. Sie sehen nun, dass die FDP ein Führungsproblem hat und verzweifelt auf der Suche nach einem Präsidenten ist. Dies ist bei der CVP ähnlich.

Stehen bei Wahlen auf kantonaler und kommunaler Ebene nicht stärker die Personen im Vordergrund?

Doch. Je kleiner der Wahlkreis, umso stärker wird die Wahl zur Personenwahl. Und hier sind die Mitteparteien FDP und CVP im Vorteil, da sie oft mit profilierten Kandidaten antreten können, die eine grosse Bekanntheit haben. Dies macht es beispielsweise für die SVP schwierig, in Exekutiven reinzukommen. ◆

Andreas Ladner ist Dozent für Politikwissenschaft an den Universitäten Bern und Zürich.

IN KÜRZE

Bestechungsskandal auch bei der Neat?

Der Bestechungsskandal um das neue Münchner Stadion betrifft auch die Neat: Die Verträge eines Bauauftrags an das österreichische Unternehmen Alpine, das der Bestechung verdächtigt wird, soll überprüft werden. Der Präsident der Neat-Aufsichtsdelegation, Andrea Hämmerle (SP, GR), will die Umstände abklären, unter welchen die Baufirma Alpine Mayreder zu dem Vertrag mit der Erstellerfirma Alptransit Gotthard (ATG) gekommen ist. Hämmerle bestätigte einen Bericht der «SonntagsZeitung». sda

Entschädigung für Exregierungsrat Aliesch

Der Kanton Graubünden muss den früheren Regierungsrat Peter Aliesch aussergerichtlich mit 45 000 Franken entschädigen. Gegen Aliesch war ein Strafverfahren wegen Verdachts auf passive Bestechung geführt, später aber eingestellt worden. Laut dem gestern von der Beschwerdekammer des Bündner Kantonsgerichts publizierten Entscheid muss der Kanton überdies die Kosten der Strafuntersuchung von knapp 25 000 Franken zahlen. Die Untersuchung war wegen Alieschs Beziehung zum griechischen Finanzjongleur Panagiotis Papadakis eröffnet worden. sda

Strafuntersuchung gegen die SVP

Die Bezirksanwaltschaft Zürich hat eine Strafuntersuchung gegen die SVP Schweiz und den Leiter eines Werbebüros eröffnet. Auslöser ist das Rattenplakat, mit dem die Partei in die Abstimmung vom 16. Mai steigen will. sda

Sprachlos?

» Berlitz lehrt fremdsprechen – kompetent und preiswert.

031 310 08 80, www.berlitz.ch

Berlitz
Sprachschule